

Politik auf den Punkt gebracht

Ausgabe 2016/17
6.12.2016



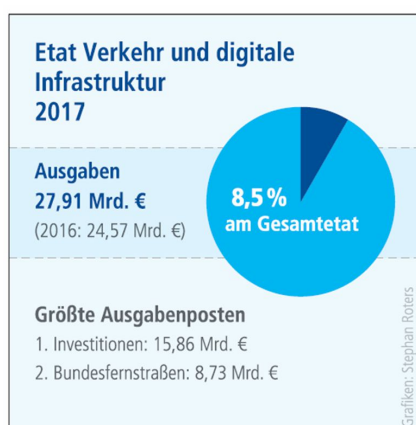
Bundesverkehrswegeplan
Sozialpolitik
CRISPR/CAS
Gelbe Bänder Aktion
Ehrungsmatinee
Weihnachtsmarkt in Süßen
Gute Nachricht

Hermann Färber
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

heute möchte ich Sie über die vom Bundestag beschlossenen Bundesverkehrswegeplan sowie die dritte Stufe der Pflegereform informieren und einen Einblick über ein paar Themen geben, die mich letzte Woche beschäftigt haben.

Bundesverkehrswegeplan



Quelle: Das Parlament, 66. Jahrgang, Nr. 48, Montag, 28. November 2016, Seite 4

Der Bundestag hat mit dem Beschluss der Ausbaugesetze für Straßen, Schiene und Wasserstraßen dem Bundesverkehrswegeplan Rechtskraft verliehen. Die guten Ergebnisse für unseren Landkreis Göppingen sind bekannt: **A 8-Albaufstieg und B 10 Süßen/Ost bis Gingen/Ost sind fest disponiert, die B 10 Gingen/Ost bis Geislingen/Ost und die Ortsumgehung Böhmenkirch im vordringlichen Bedarf und die B 10 Geislingen/Mitte bis Geislingen/Ost im weiteren Bedarf mit Planungsrecht.**

Der Abschnitt Geislingen/Mitte bis Geislingen/Ost hat durch die Beratungen im Bundestag das Planungsrecht wieder erhalten. Zwar war letzteres bereits im Entwurf 2003 vorgesehen, doch da sich jemand mit dem Hinweis an das Ministerium wandte, dass angeblich nicht alle Trassenvarianten geprüft worden seien und eine Trassenführung ohne Tunnel möglich sei, war das Planungsrecht im Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan nicht vorgesehen. Ich konnte zum Glück durch Gespräche im Bundesverkehrsministerium erreichen, dass die Maßnahme wieder in den weiteren Bedarf mit Planungsrecht eingestuft wurde.

Es haben sich viele Menschen die Frage gestellt, ob hier nicht noch mehr drin gewesen wäre, nämlich die Einstufung im vordringlichen Bedarf. Mit der Union wäre das zu machen gewesen. Tatsache ist aber, dass die SPD bei den Beratungen im Verkehrsausschuss von Beginn an darauf gedrungen hat, im vordringlichen Bedarf die Verteilung der Finanzmittel zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße nicht zu verändern.

Für jede Höherpriorisierung hätte damit ein anderes Projekt heruntergestuft werden müssen. Das hat letztlich dazu geführt, dass bundesweit kein einziges Projekt gegenüber dem Regierungsentwurf mehr als eine Stufe höhergestellt wurde, auch Geislingen/Mitte bis Geislingen/Ost nicht. Der Widerstand der Grünen war noch fundamentalistischer: Auf Kreisebene den Bau einer Straße fordern, aber sich nicht dagegen wehren, wenn die Grünen in der entscheidenden Bundestagsdebatte diesen Bundesverkehrswegeplan als, ich zitiere wörtlich, „Betonwahn“ bezeichnen, ist schlicht unglaublich. Die Union war die einzige Partei, die sich auf allen Ebenen - Kommunen, Land und Bund – durchgehend für eine Höherpriorisierung und der damit verbundenen höheren Finanzmittel für Straßenbau eingesetzt haben. So sieht glaubwürdige Politik aus.

Wichtig ist jetzt schnelle Planung auf Landesebene: Derzeit stellt der Bund so viel Geld zur Verfügung, dass zum ersten Mal seit Jahrzehnten, nicht mehr die Gelder der Engpass sind, sondern die Planungskapazitäten. Das ist das nächste Aufgabengebiet, das wir uns vornehmen müssen.

Sozialpolitik: Pflegestärkungsgesetz und Bundesteilhabegesetz

Nachdem wir mit dem Pflegestärkungsgesetz II den Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren für den 1. Januar 2017 beschlossen haben, haben wir mit dem Pflegestärkungsgesetz III in dieser Woche weitere Verbesserungen im immer wichtiger werdenden Bereich der Pflege auf den Weg gebracht. Damit die

Hilfe bei den Pflegebedürftigen und ihren Familien zügig ankommt, stärkt das Gesetz die Pflegeberatung in den Kommunen. Zudem schaffen wir für Kommunen die Möglichkeit, sich an Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der Angebote zur Unterstützung im Alltag auch in Form von Personal- oder Sachmitteln einzubringen. Damit stellen wir sicher, dass Beratung und Versorgung insgesamt bei den Betroffenen und ihren Familien besser ankommen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz wird das Leistungsrecht für Behinderte reformiert und an die UN-Behindertenrechtskonvention angepasst. Viele Menschen mit Behinderungen können und wollen arbeiten, benötigen dafür aber zusätzliche Hilfen. Diese Eingliederungshilfe wird nun wesentlich verbessert. So können sie in Zukunft mehr Rücklagen von ihrem Einkommen und Vermögen bilden.

Außerdem werden Ehepartner nicht mehr zur Finanzierung herangezogen. Die bisherige Regelung führte für Menschen mit Behinderungen praktisch zu einem Heiratsverbot. Das ist mit dem grundgesetzlich gesicherten Schutz von Ehe und Familie aber nicht zu vereinbaren.

CRISPR/CAS

Eine abschreckende Überschrift? Nein, es geht um ein bahnbrechendes neues wissenschaftliches Verfahren, das u. a. die Pflanzenzüchtung revolutionieren kann. Dazu habe ich in der letzten Woche eine hochinteressante Fachveranstaltung in Berlin besucht.

Mit diesem Verfahren können ganz gezielt Veränderungen am Erbgut der Pflanze vorgenommen werden, die im Ergebnis nicht von einer natürlichen Mutation zu unterscheiden sind. Das unterscheidet das neue Verfahren von der heute verwendeten Gentechnik. Entsprechend ist auch das Risiko nicht höher, als wir es schon seit Jahrtausenden bei der Züchtung in Kauf nehmen. Was viele nicht wissen: Bei konventioneller Züchtung wird heute nicht auf die Natur gewartet, welche Mutationen in einer Pflanze erfolgen, sondern es wird durch Chemikalien und UV-Strahlung „nachgeholfen“. Bei diesen Verfahren ist völlig unbekannt, welche Mutationen überhaupt alle entstanden sind. Dadurch eventuell entstehende Gefahren interessieren die Gentechnik-Gegner aber überhaupt nicht. Den Grund dafür ist mir immer völlig unverständlich.

Ich sehe in Crispr/Cas eine Riesenchance nicht nur für Verbraucher, sondern auch für unsere deutsche mittelständische Saatgutindustrie. Voraussetzung dafür ist aber, dass dieses neue, viel sicherere Verfahren nicht unter das Gesetz für klassische Gentechnik fällt und damit von vornherein totreguliert wird, wie etwa die Grünen das wollen.

Gelbe Bänder Aktion



Rund 3.450 Soldatinnen und Soldaten können das diesjährige Weihnachtsfest nicht mit ihren Familien und Freunden in der Heimat feiern, sondern sind an einem der internationalen Brennpunkte wie Afghanistan, Mali oder dem Kosovo, so sie für unser Land ihren Einsatz leisten. Damit niemand sie vergisst, haben der Deutschen Bundeswehr-Verband und die OASE-Einsatzbetreuung (ein Projekt der Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) das Projekt „Gelbe Bänder der Verbundenheit“ ins Leben gerufen. Mit ganz persönlichen Grüßen zum Weihnachtsfest, übermitteln wir als Abgeordnete des Deutschen Bundestages nicht nur, dass wir an die Soldatinnen und Soldaten denken, sondern auch Solidarität ihnen gegenüber aufbringen und ihren Einsatz würdigen. Deshalb habe ich mich gerne an dieser Aktion beteiligt.

Ehrungsmatinee des CDU-Kreisverbands



Letzten Sonntag wurden verdiente Mitglieder des CDU-Kreisverbandes geehrt. Bei einer feierlichen Matinee in Göppingen wurde ihnen für ihre langjährige Treue gedankt. Einige wurden sogar für 60-jährige Parteimitgliedschaft geehrt. Ein ganz besonderer Anlass, um Danke und vergelts Gott zu sagen! Dies möchte ich an dieser Stelle auch nochmals tun.

Weihnachtsmarkt in Süßen

Am ersten Adventswochenende fand unter anderem in Süßen der alljährliche Weihnachtsmarkt statt. Ich half am "Prominenten Schmalz"-Stand mit und kam dadurch in ungezwungener Weihnachtsatmosphäre mit vielen Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch. Darüber hinaus konnten wir über 500 Euro für soziale Zwecke erwirtschaften, was mich sehr freut!

Leider kann ich nicht jede der zahlreichen Adventsveranstaltungen besuchen, aber vielleicht treffen auch wir uns in den kommenden Tagen und Wochen noch irgendwo im Landkreis. Bitte scheuen Sie dann nicht, sich direkt mit mir zu unterhalten – sei es um ein politisches Thema zu besprechen, das Ihnen auf dem Herzen liegt, Kritik los zu werden oder ihr persönliches Anliegen an mich heran zu tragen. Ich freue mich auf ein Gespräch mit Ihnen!

Gute Nachricht

Mit der vom Bundestag beschlossenen dritten Stufe der Pflegereform gibt es ab 2017 punktgenaue Hilfen durch ein einheitliches System mit fünf Pflegegraden, mehr Geld für die Pflege und zusätzliches Personal. Außerdem erfolgt eine Entlastung für pflegende Angehörige und die Hilfe aus einer Hand in so genannten Pflegestützpunkten. Dieses Maßnahmenpaket führt insgesamt zu einer Stärkung unserer Pflege in Deutschland.

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Beste Grüße
Ihr Hermann Färber



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Süßen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de